

Tschetschenien-Krise und 'neue Regionalstrategie' Rußlands

Knabe, Bernd

Veröffentlichungsversion / Published Version
Forschungsbericht / research report

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Knabe, B. (1995). *Tschetschenien-Krise und 'neue Regionalstrategie' Rußlands*. (Aktuelle Analysen / BIOst, 21/1995). Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-45442>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

Tschetschenien-Krise und "neue Regionalstrategie" Rußlands

Zusammenfassung

Nachdem die Jelzin-Führung drei Jahre lang den Status Tschetscheniens anscheinend toleriert hatte, hat sie sich Ende 1994 plötzlich zu einer nicht verfassungskonformen Lösung der Tschetschenien-Krise entschlossen. Gemäß seiner "Jahresbotschaft an die Föderalversammlung" vom 16. Februar 1995 will Präsident Jelzin am Ziel des Aufbaus eines demokratischen, rechtsstaatlichen und föderalen Rußlands festhalten. Gibt es neuere Konzeptionen für eine föderalistisch und regionalpolitisch orientierte Politik, auf die Jelzin zurückgreifen könnte, um die enormen innenpolitischen und sozioökonomischen Probleme des Landes in den Griff zu bekommen? Gibt es Politiker, die sich - mit oder ohne Jelzin - glaubwürdig an die Umsetzung einer regionen-orientierten Strategie machen könnten? Die vorliegende Analyse gelangt zu einer sehr skeptischen Einschätzung der Chancen eines solchen Neuanfangs.

Vorbemerkung

Zwischen Ende 1991 und Frühjahr 1994 ist von der faktischen Tolerierung der Republik Tschetschenien und ihres Präsidenten D. Dudajew durch die Moskauer Führung auszugehen. Bisher ist nicht völlig geklärt, welche Moskauer Politiker die Verantwortung dafür tragen, daß sowohl Dudajew als auch seine innenpolitischen Gegner viele und durchaus moderne Waffen erwerben konnten. In einer scharfsinnigen Analyse wird in diesem Zusammenhang von einem "typischen gesteuerten Konflikt" gesprochen. Diese Definition impliziert den Vorwurf, Entscheidungsträger in Moskau - wer genau, bleibt dabei offen - hätten

ten ein Interesse daran gehabt, die Lage in und um Tschetschenien instabil zu halten. Nach ihrer Rückkehr aus Grosnyj (Anfang Dezember) hat die Duma-Abgeordnete E. Pamfilowa erwähnt, daß zum einen Moskauer "Falken" die Opposition in Tschetschenien mit ca. 150 Mrd. Rubel unterstützt hätten und daß zum anderen auch die tschetschenische Mafia "sehr hochgestellte" Moskauer Beamte bestochen habe.¹ Erst seit Frühjahr 1994 hat das offizielle Moskau wieder von Tschetschenien als einem "Teil des Territoriums der Russischen Föderation" gesprochen, wie es in einer "Geochronologie des Konflikts 1991-1994" heißt, die in Verantwortung der regionalpolitischen Abteilung des Analytischen Zentrums beim Präsidenten Rußlands publiziert worden ist.² In seiner "Jahresbotschaft an die Föderalversammlung" hat Jelzin betont, daß die Zukunft Rußlands im Föderalismus liege, gleichzeitig aber präzisiert: "Das ist der zuverlässigste Weg zur Geschlossenheit des Staates." Eine solche Perspektive will sich eine kleine Minderheit der Bürger Rußlands nicht zu eigen machen. Der Publizist Ju. Burtin hat seine Einstellung zu einer so verstandenen Regionalpolitik wie folgt formuliert: "Ich will nicht, daß die, auf die Bomben fielen, mich, die Russen und Rußland gleichsetzen mit Jelzin, Gratschow, Filatow, Pain, Schachraj und anderen Wesiren des Präsidenten, die die regionale und nationale Politik des Kreml gestalten."³

Das Verfassungsprinzip der staatlichen Einheit Rußlands

Zum besseren Verständnis des Verhaltens verschiedener Akteure auf der politischen Bühne Rußlands Anfang 1995 ist es sinnvoll, an die Arbeit der Verfassungsversammlung 1993 zu erinnern. Von insgesamt fünf Arbeitsgruppen befaßte sich die erste mit den Kompetenzen der föderativen Organe, die zweite mit den Beziehungen zwischen Republiken und Gebieten untereinander sowie mit denen zwischen diesen und dem Zentrum und schließlich die dritte mit der lokalen Selbstverwaltung. Der Geograph und Mitglied des Präsidentenrates L. Smirnjagin erinnert sich daran, daß Mitglieder der ersten und dritten Gruppe im Frühsommer 1993 plötzlich erkannten, woran es liege, daß man bei der Diskussion über den föderativen Staatsaufbau nicht vorankam - es war die Erkenntnis von der Besserstellung der Republiken gegenüber den Gebieten und speziell die Apostrophierung ersterer als "souveräne Staaten", womit viele die Möglichkeit des Austrittes aus der Föderation verbanden. Deshalb habe man damals beschlossen, in der künftigen Verfassung nicht mehr von der "Souveränität" der einzelnen Subjekte der Föderation zu sprechen, und sich außerdem zu fünf Prinzipien des Föderalismus bekannt.⁴ Dabei handelt es sich um:

1. das Verbot der Sezession, d.h. des Austritts aus der Föderation;
2. das Verbot, einseitig den Status des Subjekts zu verändern, da davon die Interessen anderer Subjekte sowie der Föderation insgesamt betroffen wären;
3. das Verbot, die Verwaltungsgrenzen in staatliche oder ökonomische Grenzen umzuwandeln, vielmehr müsse die Freiheit der Bewegung von Menschen, Waren und Informationen auf dem gesamten Staatsgebiet gewährleistet werden;
4. die Anerkennung der Priorität der föderalen Gesetzgebung;
5. die Anerkennung der Einheit der Grundlagen des staatlichen Aufbaus, d.h. es dürfen keine "undemokratischen Formen der Regierung, wie eine Theokratie oder Diktatur" eingeführt werden.

Auf dieser Grundlage hat L. Smirnjagin eine "Deklaration der staatlichen Einheit Rußlands" entworfen, die nach der vorliegenden Fassung vom 16. Juni 1993 zunächst von zehn Personen unterschrieben werden sollte.⁵ Außer dem Verfasser waren dies: A. Jemeljanow, Je. Gajdar, A. Jaroschinskaja, S. Karaganow, E. Pain, D. Wolkogonow, G. Satarow, A. Sobtschak und M. Kasannik. Die Unterschrift

¹ Über Waffenlieferungen und die erwähnte Konfliktdefinition vgl. A. Trušin, *Vojujut sami s soboj*, *Obščaja gazeta*, Nr. 43, 1994. *Argumenty i fakty*, Nr. 49, 1994, S. 3.

² *Rossija regionov. Bjulleten'*. Spec. vypusk, Moskau, Dezember 1994, S. 18.

³ *Moskovskie novosti*, Nr. 61, 1994, S. 1.

⁴ *Rossijskie vesti*, 26.6.1993.

⁵ *Deklaracija celostnosti Rossii*, in: A. Livšic, A. Novikov, L. Smirnjagin, *Regional'jaja strategija Rossii* (unveröff. Manuskript), Moskau 1993, S. 41 f.

von Kasannik fehlt allerdings auf der vorliegenden Fassung; unterschrieben haben außerdem Je. Ambarzumow, P. Filippow (dabei handelt es sich eher um eine handschriftliche Druckschrift), A. Migranjan, G. Popow sowie S. Stankewitsch. Ob bis Oktober 1993 weitere Unterschriften hinzugekommen sind oder möglicherweise der eine oder andere der Unterzeichner nach Jelzins Staatsstreich vom September 1993 seine Unterschrift zurückgezogen hat, ist nicht nachvollziehbar. Fest steht, daß Smirnjagin Ende Oktober 1993 diese Deklaration Präsident Jelzin übergeben hat.

Smirnjagin hat wiederholt vor einer Verabsolutierung des Prinzips "Recht der Nationen auf Selbstbestimmung" gewarnt und sich der Meinung des früheren Nationalitätenministers Tischkow angeschlossen, wonach dieses Prinzip "die vielleicht zerstörerischste Idee des 20. Jahrhunderts" sei. Freilich hätten die Nationen ein Recht auf Bewahrung ihrer Kultur und Sprache - Versuchen einer Assimilation dürften sie sich widersetzen. Erst wenn sie in ihrer Substanz gefährdet wären, könne die bestehende Form der Staatlichkeit in Frage gestellt werden. Ende 1994 wies er darauf hin, daß es sich bei den Subjekten der Föderation, die 1992 wesentlich mehr aus dem Bundeshaushalt erhalten als eingezahlt hätten, ausschließlich um Republiken gehandelt habe. Zwar habe keine von ihnen die Frage des Austritts aus der Föderation gestellt, doch habe die Moskauer Regierung wegen dieser möglichen Gefahr über die mangelhafte Finanzdisziplin der Republiken hinweggesehen.¹

A. Trejwisch berichtet davon, daß "vor einiger Zeit" (vermutlich 1992 oder 1993) eine Untersuchung² durchgeführt worden sei, die herausfinden sollte, wie groß die Gefahr eines potentiellen Separatismus in verschiedenen Landesteilen aufgrund objektiver Faktoren sei. Zur Beantwortung dieser Frage wurden zwölf Indikatoren herangezogen, wobei es um a) ökonomische, b) geopolitische und c) ethno-demographische Voraussetzungen einer möglichen Sezession ging. Berücksichtigt wurden bei a) Armut und Reichtum, Abgaben an die Föderation und Erhalt von Mitteln des Zentrums, bei b) Dauer der Zugehörigkeit zu Rußland, der Status, die Grenzen, die Affinität zu den Nachbarn und bei c) Anteil der russischen und der nicht-russischen Bewohner, ihre Konzentration in der jeweiligen Region, Anteil der angestammten Bevölkerung. Aus den angestellten Berechnungen ergaben sich drei "Herde potentiellen Separatismus":

1. Der Nordkaukasus mit dem deutlichen Schwerpunkt Tschetschnja-Inguschetien, aber einem ebenfalls hohen Risiko bei den benachbarten Republiken und Regionen;
2. Das Wolga-Ural-Gebiet, bei dem zwar kein deutlicher "erster Platz" resultierte, doch Tatarstan punktmäßig an erster Stelle rangierte;
3. Sibirien mit deutlicher Führung der Republik Tuwa, gefolgt von Burjatien, der Republik Altaj, Chakassien, dem Gebiet Tschita sowie Jakutien-Sacha.

In einem Mitte Januar 1995 geführten Interview beschränkte sich Smirnjagin auf eine wesentlich "einfachere Sichtweise": Inzwischen sei in fast allen Subjekten die von der Verfassung vorgesehene "Ordnung" der Kompetenzen der Subjekte hergestellt worden - nur vier Republiken hätten bislang noch einen Sonderstatus: Komi, Karelien, Jakutien und Tschetschenien; Tatarstan und Baschkortostan hätten eingewilligt, zu den "allgemeinen Grundsätzen" überzugehen.³ Diese Auswahl überrascht, da die Präsidenten Tatarstans und Baschkortostans Anfang 1995 deutlich gemacht haben, daß sie keineswegs mit der gegenwärtigen Machtverteilung zwischen Zentrum und Republiken und insbesondere nicht mit der Tschetschenienpolitik Jelzins einverstanden sind. Anläßlich des ersten Jahrestags der Unterzeichnung des Vertrags zwischen Tatarstan und der Russischen Föderation hat M. Schajmijew, der Präsident Tatarstans, Versuche einer rein territorialen Gliederung Rußlands als "Katastrophe" für das ganze Land bezeichnet. Die Präsidenten von Baschkortostan und Tschuwaschien, M. Rachimov und N. Fjodorow, haben in Ukasen das militärische Vorgehen in Tschetschenien als verfassungswidrig bezeichnet und Wehrpflichtige aus ihren Republiken von der

¹ Krasnaja zvezda, 20.11.1993.

² Rossija regionov, a.a.O., S. 8 f.

³ Zemstvo, 14.1.1995.

Teilnahme an Aktionen in Tschetschenien freigestellt. Die heftige Reaktion Präsident Jelzins auf diese Maßnahmen deutet auf erheblichen Sprengstoff in den Beziehungen zwischen dem Zentrum und den Republiken hin.¹

Die Strategie der Regionalpolitik

Für die meisten Regionalpolitiker Rußlands steht fest, daß es weder in sowjetischer Zeit eine eigentliche Regionalpolitik gegeben habe noch gegenwärtig eine solche gebe. Beispielsweise sei die Duma-Fraktion "Neue Regionalpolitik" lediglich ein Zweckverband, der aber nicht über eine "kohärente Regionalstrategie" verfüge.² Nach Auffassung von S. Schachraj müssen vier Ebenen von "Regionalstrategie" unterschieden werden³:

1. Auf der Ebene des Sicherheitsrates müsse die Regionalstrategie als Element der Gewährleistung der nationalen Sicherheit betrachtet und in die "Konzeption der nationalen Sicherheit" aufgenommen werden.
2. Die Regionalstrategie setzt sich aus einer Vielzahl von Konzeptionen zusammen. Es muß ein langfristiges Programm erarbeitet werden, das mit Fragen des föderalen und staatlichen Aufbaus, mit der Nationalitätenpolitik und mit den Grundrichtungen der sozioökonomischen Entwicklung Rußlands verbunden ist.
3. Die Prinzipien der staatlichen Regionalpolitik müssen mit diesen Basisdokumenten in Übereinstimmung gebracht werden. Dieses Dokument ist mittelfristig, instrumental angelegt - es bestimmt die Subjekte und Objekte der laufenden Regionalpolitik des Staates (Ziele, Aufgaben, Maßnahmen).
4. Als praktischer Anhang zu den Grundlagen der staatlichen Regionalpolitik müssen kurz- und mittelfristige zielorientierte föderale Programme der Regionalentwicklung ausgearbeitet werden (z.B. das Hilfsprogramm für Depressionsgebiete).

Eine erste Konzeption der "Regionalstrategie Rußlands" ist im Herbst 1993 von der "Arbeitsgruppe für Regionalprobleme beim Präsidentenrat" erarbeitet worden.⁴ Die meisten Passagen stammen aus der Feder von L. Smirnjagin, einzelne Kapitel haben der jetzige Jelzin-Berater A. Lifschitz und der Politologe A. Nowikow geschrieben. Im Sommer 1994 wurde eine überarbeitete Fassung vorgelegt und im September der Administration des Präsidenten übergeben.⁵ Auf der am 1. und 2. Dezember 1994 in Moskau durchgeführten Konferenz "Regionalentwicklung in Rußland und die Erfahrungen west- und osteuropäischer Länder", die vom Analytischen Zentrum beim Präsidenten organisiert und vom TACIS-Programm sowie vom britischen "Know-how"-Fonds gesponsert worden ist, haben Smirnjagin und Schachraj ein gemeinsames Papier "Grundlagen einer Konzeption der Regionalstrategie Rußlands" präsentiert.⁶

In der Einführung wird darauf hingewiesen, daß infolge der 1993 festzustellenden Entwicklung in einzelnen Subjekten von "der Gefahr für die Ganzheit des russischen Staates" ausgegangen werden müsse. Deshalb müsse möglichst rasch eine neue Regionalstrategie komplexen Charakters erarbeitet werden, die vor allem auf eine Abschwächung der interregionalen Disproportionen abzielen solle. In dem einleitenden Kapitel "Geographische Besonderheiten Rußlands" ist ein Abschnitt auch "bolschewistischen Besonderheiten" gewidmet. Dort wird nachgewiesen, daß von Regionalpolitik i.e.S. während der Sowjetzeit nicht gesprochen werden kann. Durch die 1992/93 durchgeführten Reformen hätten sich die Verhältnisse

¹ Ausführungen von M. Šajmiev, in: Rossijskaja gazeta, 15.2.1995, zu den übrigen Republiken: Rossijskaja gazeta, 11. und 15.2.1995 sowie Utro Rossii, Nr. 3, 1995.

² Zemstvo, 14.1.1995. Livšic u.a., a.a.O., S. 5.

³ Zemstvo, 14.1.1995.

⁴ A. Livšic u.a., a.a.O., 44 S. (mit Anhang). Diese Ausarbeitung (ohne Anhang) ist auch in der Zeitschrift "Region: ekonomika i sociologija, Nr. 3, 1994, S. 27-56 veröffentlicht worden.

⁵ Dass. (peresmotreno v ijune 1994 g.), Moskau 1994, 19 S.

⁶ L. Smirnjagin, S. Šachraj, Regional'naja strategija Rossii (osnovy koncepcii), Moskva, Dezember 1994.

eher weiter verschlechtert, hätten die regionalen Disproportionen weiter zugenommen - nachdem sich zumindest die sozialen Indikatoren seit 1960 kontinuierlich angeglichen hätten. Abschließend wird postuliert, daß kein einziges Gebiet Rußlands, nicht einmal die größte Region, als "absolute Autonomie" für sich allein existieren könne.

In den folgenden Passagen werden als drei Teile des regionalen Problems die "sozioökonomische Regionalstrategie" als Regionalpolitik im allgemeinen Verständnis, dann als politische Regionalstrategie der Föderalismus und schließlich als kulturelle Regionalstrategie der Regionalismus behandelt. Obwohl als Prinzipien der Regionalpolitik "die Selbstorganisation der Gesellschaft" und Marktmechanismen bezeichnet werden, werden dann als "Hauptmaßnahmen" zur Umsetzung dieser Politik bezeichnet: Föderale überregionale Programme, Föderalfonds für Regionalentwicklung und Subventionen, Entwicklung eines regionalen Netzes von föderalen Behörden und "Präsidentendiensten" sowie die Unterstützung überregionaler Assoziationen. Bemerkenswerterweise hatte es im ersten Entwurf einschränkend geheißen, daß zunächst noch "vertiefte Untersuchungen über die Ausgangsprinzipien und Grundlagen einer solchen Regionalpolitik" erfolgen müßten. Mit dem Fortlassen dieses Passus in der Mitte 1994 vorgelegten Fassung könnte die Intention verbunden gewesen sein, den Eindruck zu vermitteln, als stünden den Theoretikern der Konzeption der Regionalstrategie bereits ausreichend Informationen zur Verfügung.¹

Für Rußland sei der Föderalismus als territoriale Form der Demokratie unabdingbar, wenn es den Weg der demokratischen Entwicklung beschreiten wolle. Um die oben erwähnten Prinzipien des Föderalismus landesweit durchzusetzen, sei eine zweijährige Übergangszeit (die Verfasser hatten zunächst an den Zeitraum 1995/96 gedacht) vorzusehen, in der die Chefs der Regionalverwaltungen unmittelbar dem Präsidenten unterstellt sein sollten. Am Schluß dieser Phase sollten die Aufnahme aller Subjekte als Mitglieder der Föderation sowie die Wahlen der regionalen Volksvertretungen und der Verwaltungschefs stehen. Die Verfasser sehen die Möglichkeit vor, daß das Land in Ausnahmefällen "unitaristisch" verwaltet werden könne - dann müßten sich alle Subjekte dem Zentrum unterordnen. Festzuhalten sind zwei Unterschiede in den vorliegenden Fassungen. Aufgrund der im ersten Halbjahr 1994 gemachten Erfahrungen wird konstatiert, daß die Bürokratie in den meisten Subjekten für die Ernennung der Verwaltungschefs (als Gouverneure) durch den Präsidenten votiere.

Das bereits vor 1917 nur schwach entwickelte "regionale Selbstbewußtsein" der Russen sei in sowjetischer Zeit weiter abgebaut worden - nunmehr müsse die Verbindung zur "kleinen Heimat" wieder hergestellt werden, um Verantwortungsgefühl für den jeweiligen Wohnort und bürgerliche Aktivitäten zu erwecken. Es komme darauf an, in den Traditionen des russischen Semstwo die regionale Selbstverwaltung wiederzubeleben - zur Überwindung des "Separatismus als Pathologie des regionalen Selbstbewußtseins". Als "spezifische Form des Kampfes gegen den Separatismus" werden u.a. aufgeführt

- die Förderung eines "mehrgeschossigen" Patriotismus, der sowohl auf den Wohnort als auch auf die Region und das ganze Land abzielt;
- die "Befreiung der sozialen Strukturen der Gesellschaft", um sie in die Lage zu versetzen, sich unabhängig von der bestehenden Verwaltungsgliederung zu organisieren;
- die Förderung gesamtnationaler Institutionen in allen Subjekten, insbesondere auch der politischen Parteien.

Hinsichtlich der abschließenden "Organisatorischen Maßnahmen" ist festzuhalten, daß die Mitte 1993 von Smirnjagin unterbreiteten Vorschläge inzwischen Realität geworden sind. Er war damals von der These ausgegangen, daß - sollte die neue Verfassung dem Präsidenten die Funktion des Staatsoberhauptes geben - sich dessen Administration sehr viel stärker um die "strategischen Aufgaben der Gesellschaft" kümmern müsse. Das würde im Kontext der Regionalpolitik die Schaffung einer Abteilung bedeuten, die für die Regionalstrategie verantwortlich sein müsse. Dort hätte auch ein "regionales Monitoring" (als Frühwarnsystem) zu erfolgen, damit der Präsident die Bevölkerung rechtzeitig über gefährliche Tendenzen, über notwendige Kurskorrekturen u.ä. informieren könne. Auch solle er für die Schlichtung von Streitfällen zwischen einzelnen Subjekten zuständig sein, wenn dies nicht durch andere Organe geschehen könne.

War in der Erstfassung das damalige "Staatskomitee für Angelegenheiten der Föderation" heftig kritisiert worden, weil es stark an das frühere Staatskomitee für Angelegenheiten der Nationalitäten erinnere, so

¹ A. Livšic u.a., a.a.O., S. 24 (gegenüber S. 12 in überarbeiteter Fassung).

wird in der überarbeiteten Fassung die Kritik unverändert auf das neue "Ministerium für Angelegenheiten der Nationalitäten und für Regionalpolitik" übertragen. Da die aufgelisteten acht Funktionsbereiche als Desiderata bezeichnet werden, wird damit dem Ministerium Untätigkeit auf nahezu allen Feldern der Regionalpolitik bescheinigt.

Als sich die Duma am 6. Februar 1995 mit der "Konzeption der neuen Regionalpolitik" befaßte, versuchte der stellvertretende Ministerpräsident S. Schachraj, bis Frühjahr 1994 auch für die Nationalitäten- und Regionalpolitik zuständig, Abweichungen von Prinzipien dieser Konzeption und seine Ablösung

als Nationalitätenminister mit der Intervention in Tschetschenien in Zusammenhang zu bringen. Er sei abgelöst worden, um seine Chancen im politischen Machtkampf (d.h. als Präsidentschaftskandidat) zu mindern. Bedauerlicherweise sei die Moskauer Führung "nicht den langen, etappenweisen, vertragsmäßigen Weg gegangen, wie mit Tatarstan".¹ Angesichts früherer Äußerungen Schachrajs und auch seines aktiven Beitrages zur Forcierung der Tschetschenien-Krise müssen diese Äußerungen einige Verwundung auslösen. Es ist auch daran zu erinnern, daß er im Sommer 1994 - im Zusammenhang mit Diskussionen um den Status des Gebiets Kaliningrad - für die unbedingte Priorität militärstrategischer Faktoren plädierte, während alles andere weit weniger wichtig sei.² Auch nach der - partiellen - militärischen Lösung der Tschetschenien-Krise sieht Schachraj unverändert die Gefahr des Zerfalls Rußlands in 89 feudale Teilfürstentümer, wenn diese Gebiete nicht stärker miteinander verbunden werden. Diese könne insbesondere durch die Schaffung "föderaler Verwaltungsstrukturen nicht in jeder Region, sondern je einer für mehrere Regionen" erfolgen. Damit dürfte er, nach Ansicht eines Beobachters, die überregionalen Wirtschaftsassoziationen gemeint haben. In Hinblick auf die Lösung der Tschetschenien-Krise geht er noch einen Schritt weiter: Da Inguschetien nicht als selbständiges Subjekt der Föderation bestehen könne, sollte es wieder mit Tschetschenien vereinigt werden.³

Schlußbemerkungen

1. Die Protagonisten der Konzeption einer "neuen Regionalstrategie" Rußlands haben diese von vornherein primär als "eiserne Klammer" für alle Subjekte der Russischen Föderation und nur sekundär als Möglichkeit eines authentischen Föderalismus gesehen.
2. Die im Rahmen der Ausarbeitung dieser Konzeption verfaßte "Deklaration der staatlichen Einheit Rußlands" (Juni 1993) ist auch von eher demokratisch eingestellten Politikern unterschrieben worden.
3. Wichtigste Entscheidungen werden in Moskau gegenwärtig nicht nach den in der Verfassung vorgesehenen Verfahren getroffen. Entscheidend dafür ist vielmehr, daß Interessengruppen Personen in der Umgebung des Präsidenten und den Präsidenten selbst für ihre Ziele gewinnen können.

Bernd Knabe

¹ Segodnja 7.2.1995. Es gibt übrigens auch Hinweise auf gute Kontakte zwischen Šachraj und Dudaev, die sogar - da sie eine Verständigung vor der Interventionsentscheidung ermöglicht hätten - zur Ablösung Šachrajs als Nationalitätenminister geführt hätten - Interview mit Dudaev am 5.12.1994 (Argumenty i fakty, Nr. 49, 1994, S. 6). Dagegen hat sich nach Ansicht der Führung Inguschetiens Šachraj "persönlich mit der Versorgung der Anti-Dudaev-Gruppierungen mit Waffen befaßt" und ist er der "geistige Inspirator des Novembersturms von Groznyj" (Segodnja 7.2.1995) gewesen.

² S. Šachraj, Kaliningrad - Kenigsberg - Krulevec ... Kak ukrepit' zapadnyj forpost Rossii, in: Nezavisimaja gazeta, 26.7. 1994. Vgl. dazu die sehr kritische Stellungnahme von Ju. Matoëkin, in: Nezavisimaja gazeta, 27.8.1994.

³ Segodnja 7.2.1995. Diesen Vorschlag hat auch V. Šumejko unterbreitet (Obščaja gazeta, Nr. 5, 1995., S. 8).00